

MDL-NEWSLETTER

7/2025

BERND KRÜCKEL MDL

Heinsberg, Geilenkirchen,
Übach-Palenberg, Gangelt,
Selfkant, Waldfeucht

THOMAS SCHNELLE MDL

Erkelenz, Hückelhoven,
Wassenberg und Wegberg



Austausch mit dem Bezirk Aachen

IHK-Präsidentin Gisela Kohl-Vogel (4.v.l.) und Hauptgeschäftsführer Michael F. Bayer (3.v.l.) und die Landtagsabgeordneten Bernd Krückel, Thomas Schnelle und Dr. Patricia Peill (ganz rechts).

REFORM

Moderner Verfassungsschutz für neue Bedrohungen

Der nordrhein-westfälische Landtag hat Anfang November eine umfassende Reform des Verfassungsschutzgesetzes beschlossen. Nach mehr als 30 Jahren wurde das Gesetz komplett überarbeitet, um den Verfassungsschutz für die Herausforderungen des digitalen Zeitalters zu rüsten. Die Novelle stärkt den Verfassungsschutz nachhaltig und räumt ihm neue Möglichkeiten ein, um Verfassungsfeinde und Terrorismus effektiver zu bekämpfen.

Das bisherige Verfassungsschutzgesetz stammt aus einer Zeit, als Terroristen noch Faxe verschickten und Spione Aktenordner stahlen. Heute laufen Anschlagpläne in verschlüsselten Chatgruppen, Spionage findet auf Cloud-Servern statt. Unser Verfassungsschutz musste bislang mit Vorschriften

aus der analogen Welt gegen digitale Gegner kämpfen. Die Modernisierung war längst überfällig.

Die Bedrohungslage hat sich verschärft: Rechtsextrem motivierte Straftaten sind in NRW um fast 60 % gestiegen – der Rechtsextremismus bleibt die größte Gefahr für unsere Demokratie. Dazu kommen gestiegene Bedrohungen im Bereich Islamismus und Spionage. Auch für den Kreis Heinsberg ist die Arbeit des Verfassungsschutzes von Bedeutung, denn die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger hängt von effektiven nachrichtendienstlichen Strukturen ab.

Die Reform erweitert die Befugnisse des Verfassungsschutzes maßvoll, gezielt und kontrolliert. Der Verfassungsschutz kann nun die Vorteile Künstlicher Intelligenz nut-

zen – dabei gilt: Technik unterstützt, die Entscheidungen trifft immer der Mensch. Gleichzeitig werden klare Regeln für den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel geschaffen und damit transparent gemacht. Die parlamentarische Kontrolle wird gestärkt, neue Befugnisse unterliegen bei hoher Intensität einer richterlichen Vorabkontrolle.

Die Änderungen stärken zudem die Zusammenarbeit auf Bundes- und Landesebene sowie den Informationsaustausch zum Schutz unserer Wissenschaft vor Spionage. Das neue Verfassungsschutzgesetz steht für einen modernen, verantwortungsvollen und demokratisch kontrollierten Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen. ■ Thomas Schnelle



Bernd Krückel MdL

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
T: 0211 884 27 64
F: 0211 884 33 19

E: bernd.krueckel@landtag.nrw.de
W: bernd-krueckel.nrw



Thomas Schnelle MdL

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
T: 0211 884 27 80
F: 0211 884 33 20

E: thomas.schnelle@landtag.nrw.de
W: thomas-schnelle.nrw

Impressum

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen der 44. Ausgabe unseres Newsletters. Sie können diesen Newsletter direkt per E-Mail abonnieren. Gehen Sie dazu auf www.thomas-schnelle.nrw unter > Service > Newsletter. Dort geben Sie eine gültige E-Mailadresse und den angezeigten Code gegen Spam ein und bestätigen einmalig das Abo in der erhaltenen E-Mail. Ab sofort erhalten Sie den jeweils aktuellen Newsletter automatisch nach Erscheinen zugemalt.

AKTUELLE STUNDE

Faktenbasierte Antworten auf Jugendkriminalität

Anfang November widmete sich der Landtag in einer Aktuellen Stunde der Entwicklung der Kinder- und Jugendkriminalität in Nordrhein-Westfalen. Auch ich hielt dazu einen Redebeitrag im Plenum. Grundlage der Debatte war eine umfassende Studie zum Hell- und Dunkelfeld, die Innenminister Herbert Reul kürzlich vorgestellt hatte. Die Studie zeigt alarmierende Entwicklungen: Gewalt, Bedrohungen und Eigentumsdelikte durch Jugendliche nehmen zu, ebenso die Zahl der Messerträger und Intensivtäter.

Die Dunkelfeldstudie der Universität zu Köln belegt, dass mehr als ein Drittel der befragten Schülerinnen und Schüler innerhalb eines Jahres ein Eigentums- oder Gewaltdelikt begangen hat – ein Anstieg um über 30 % im Vergleich zu den Jahren 2013 bis 2015. Besonders gravierend: Die Gewaltprävalenz bei Mädchen ist fast doppelt so stark gestiegen wie bei Jungen. Parallel verzeichnet die Polizeiliche Kriminalstatistik den höchsten Stand jugendlicher Tatverdächtiger seit zehn Jahren.

NRW geht als eines von nur drei Bundesländern neben Niedersachsen und Brandenburg diesen Weg der wissenschaftlichen Aufarbeitung. Die Studie hilft, gezielt Maßnahmen zu ergreifen – gerade im Präventionsbereich. Denn das Problem der Kinder- und Jugenddelinquenz kann nicht allein mit



polizeilichen Mitteln gelöst werden.

Bewährte Konzepte wie „Kurve kriegen“ oder das Intensivtäterkonzept ermöglichen frühzeitiges Erkennen und Verhindern weiterer Eskalation. Im „Haus des Jugendrechts“ arbeiten Polizei, Jugendhilfe und Staatsanwaltschaft zusammen. Das Projekt „miteinander. stark.sicher“ von Schul- und Innenministerium setzt bei der Wertevermittlung an, denn die Studie zeigt: Ein zunehmender Anteil der Kinder und Jugendlichen sieht die Begehung von Straftaten nicht mehr als falsch an.

Die Studie zeigt auch einen massiven Anstieg von Straftaten in der Jahrgangsstufe sieben – in einer Altersklasse, die überwiegend nicht strafmündig ist. Das Jugend-

strafrecht kennt neben Haftstrafen viele gute Maßnahmen, die bereits viele Jugendliche von kriminellen Karrieren abgebracht haben. Es ist an der Zeit, offen darüber zu diskutieren, ob die Altersgrenze der Strafmündigkeit im Lichte dieser Erkenntnisse noch angemessen ist und ob gerade die präventiven Werkzeuge des Jugendstrafrechts hier sinnvoll sein könnten.

Die Landesregierung zeigt, dass sie das Problem mit verschiedenen Maßnahmen ernsthaft angeht und diese faktenbasiert prüft. Auch wenn die Entscheidung über die Strafmündigkeit nicht in Düsseldorf fällt, entbindet uns das nicht von der Pflicht, uns weiter intensiv mit diesem Thema zu beschäftigen – nicht nur dann, wenn die Zahlen steigen. ■

Thomas Schnelle

— LAND STAHLGIPFEL

NRW kämpft für die Zukunft der Stahlindustrie

Die Stahlindustrie steht vor erheblichen Herausforderungen. Bundeskanzler Friedrich Merz lud am 6. November zu einem Stahlgipfel ins Kanzleramt ein, um gemeinsam mit Vertretern der Branche und den Ministerpräsidenten der Länder mit Stahlindustrie Lösungswege zu erörtern. Unsere schwarz-grüne Landesregierung hatte sich bereits im Sommer intensiv für diesen Gipfel eingesetzt und kam gut vorbereitet nach Berlin.

Nordrhein-Westfalen ist mehr als nur ein wichtiger Stahlstandort – Stahl gehört zur DNA unseres Landes und bildet die Grundlage unseres Wohlstands. Ohne Stahl gäbe es weder Autos noch Brücken, keine Windräder und keine moderne Infrastruktur. Doch die Branche leidet unter mehreren Belastungen: Die Krise in Abnehmerbranchen, insbesondere der Autoindustrie, macht den Unternehmen zu schaffen. Hinzu kommen gestiegene Energiepreise, Billigimporte vor allem aus China und hohe Zölle auf Stahlimporte in die USA.

Beim Stahlgipfel ging es um zentrale Themen: Sicherung der Lieferketten, Handelsbeziehungen und vor allem Energiepreise. Der erste entscheidende Schritt für mehr Wettbewerbsfähigkeit ist



eine Entlastung bei den Energiekosten. Der staatlich subventionierte Industriestrompreis muss schnellstmöglich und bürokratiearm umgesetzt werden. Auch Entlastungen beim Zertifikate-Handel sind für die Unternehmen wichtig. Während die Landesregierung und Wirtschaftsministerin Mona Neubaur seit Jahren für einen Industriestrompreis kämpfen, lehnte die damalige Bundesregierung unter SPD-Kanzler Scholz diesen noch ab.

Die schwarz-grüne Landesregierung fordert zudem die Umsetzung grüner Leitmärkte und verlässlich günstige Energiepreise für Unternehmen, die in ihre Zukunft investieren wollen. Nordrhein-Westfalen ist und bleibt das Industrie- und Energieland Nummer eins in Deutschland – dafür setzt sich die Landesregierung mit voller Kraft ein. Es stehen mehr als 25 000 Arbeitsplätze auf dem Spiel. Für deren Erhalt kämpfen wir. ■

Bernd Krückel

NRW-PLAN

Verlässliche Investitionen für unsere Region

Mit dem Nordrhein-Westfalen-Plan stellt die Landesregierung in den kommenden zwölf Jahren 31,2 Milliarden Euro für die Infrastruktur bereit. Die Finanzierung erfolgt überwiegend aus dem 100 Milliarden Euro schweren Infrastruktursondervermögen des Bundes, das vom Land mit eigenen Mitteln ergänzt wird. Ein großer Teil dieser Mittel fließt direkt in die Kommunen: Fast 70 % der Mittel, insgesamt 21,3 Milliarden Euro, gehen an die Städte, Gemeinden und Kreise. Für die Kommunen im Kreis Heinsberg bedeutet dies konkret 146,6 Millionen Euro, die in Schulen, Kitas, Straßen, Klimaschutz und digitale Infrastruktur investiert werden können.

Zehn Milliarden Euro der Landesmittel werden als Pauschale bereitgestellt, die Kommunen können weitgehend eigenständig über die Verwendung entscheiden. Die Investitionsbereiche sind hierbei jedoch definiert: 50 % für Bildung und Betreuung, 20 % für Klimaschutz und energetische Sanierung, 30 % für Verkehr, Digitalisierung, Sport sowie öffentliche Sicherheit. Zusätzlich garantiert das Land die Investitionspauschalen in der Gemeindefinanzierung bis 2036 – eine verlässliche Grundlage für mehrjährige Vorhaben, unabhängig von der Haushaltslage des Landes.

Das Gemeindefinanzierungsgesetz für 2026 sieht einen Rekordwert von 16,84 Milliarden Euro für die Kommunen vor, eine Steigerung um 6,8 % gegenüber dem Vorjahr. Diese Erhöhung liegt deutlich über der Inflationsrate und stärkt die kommunale Handlungsfähigkeit in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten.

Ein wichtiger Baustein für Sportvereine ist das neue Sportstättenprogramm innerhalb des NRW-Plans. Mit rund 200 Millionen Euro steht ein Fördervolumen zur Verfügung, das nahezu an frühere Programme wie „Moderne Sportstätte 2022“ heranreicht. Für die zahlreichen Sportvereine in den Städten und Gemeinden im Kreis eröffnet dies Perspektiven zur Modernisierung ihrer Anlagen. Weiterhin erhalten die Kommunen 200 Millionen Euro für ihre Sportanlagen und für Schwimmbäder werden weitere 200 Millionen bereitgestellt.

Die haushaltspolitische Lage bleibt weiterhin angespannt. Der Landeshaushalt erhöht zwar die Investitionen um elf % auf 12,1 Milliarden Euro, gleichzeitig sind Konsolidierungsmaßnahmen im Umfang mehrerer Milliarden Euro erforderlich. Insbesondere die kommunalen Haushalte stehen unter Druck. Die Oktober-Steuerschätzung weist einen leichten Auf-

wärtstrend auf, doch die wirtschaftlichen Herausforderungen der mittlerweile ins dritte Jahr gehenden Rezession belasten die Prognosen.

Der Nordrhein-Westfalen-Plan ist in dieser Situation ein bewusstes Signal für Investitionen bei gleichzeitiger Haushaltsdisziplin. Der finanzielle Impuls soll über die Kommunen und die für die Umsetzung von Projekten betrauten ortsansässigen Unternehmen, bis ins Privatleben hinein spürbar sein. Die Maßnahmen rentieren sich langfristig für unsere Volkswirtschaft. Vor allem die Investitionen in Vereine und Sanierungsarbeiten werden wir ganz konkret in unserem Alltag spüren.

Das Land Nordrhein-Westfalen hat die landesspezifischen Vergabevorschriften abgeschafft. Die vereinfachten Vergabeverfahren durch die Änderungen der Gemeindeordnung sollen zusätzlich dafür sorgen, dass die Mittel zügig in konkrete Projekte fließen.

Abschließend möchte ich festhalten, dass mehr Mittel für unsere Kommunen erforderlich sind. Derzeit ist aber das Korsett so eng, dass über den NRW-Plan hinaus höhere Zuweisungen nicht möglich sind. ■

Bernd Krückel

KURZBERICHTE

Schutz vor digitaler Belästigung NRW will Strafbarkeitslücke schließen

Der Landtag befasste sich Anfang November in einer Aktuellen Stunde mit heimlichen voyeuristischen Aufnahmen und der Frage, wie die damit verbundene sexuelle Belästigung insbesondere von Frauen wirksam bestraft werden kann. Die schwarz-grüne Koalition setzt sich auf Bundesebene für eine Gesetzesänderung ein, um eine bestehende Schutzlücke im Strafrecht zu schließen.

Heimliche Aufnahmen sensibler Körperbereiche sind demütigend, verletzend und greifen tief in die Würde der Betroffenen ein. Diese

Form digitaler Belästigung kann jede und jeden treffen – im Freibad, im Park oder auf der Straße. Dennoch bleiben solche Taten bislang häufig straflos, wenn sie außerhalb geschützter Räume geschehen.

Die Initiative aus Nordrhein-Westfalen zielt darauf ab, voyeuristische Aufnahmen künftig unter Strafe zu stellen und die Persönlichkeitsrechte der Menschen auch im digitalen Zeitalter wirksam zu schützen. Ein konkreter Fall machte die Dringlichkeit deutlich: Betroffene mussten erleben, dass die Strafverfolgung ins Leere lief, weil

die rechtlichen Grundlagen fehlten. Heimliche, sexuell motivierte Aufnahmen sind ein tiefer Eingriff in die Würde und die sexuelle Selbstbestimmung – unabhängig davon, wie die betroffene Person gekleidet ist.

Nordrhein-Westfalen treibt das Thema im Rahmen der Justizministerkonferenz voran und setzt sich für einen ausgewogenen, handhabbaren und wirksamen Entwurf ein. Ziel ist ein moderner Persönlichkeitsschutz mit klaren Grenzen gegen digitale Belästigung. ■

Bernd Krückel

Land entlastet Kommunen bei Unterbringung von Geflüchteten

Der nordrhein-westfälische Landtag hat kürzlich ein Ausführungsgesetz zum Bundesasylrecht beschlossen, das die Kommunen im Land bei der Unterbringung entlasten soll. Die Regelung sieht vor, dass Geflüchtete mit schlechter Bleibeperspektive künftig bis zu 24 Monate in Landeseinrichtungen untergebracht und nicht mehr zeitnah an die Städte und Gemeinden weitergeleitet werden müssen.

Für die Kommunen im Kreis Heinsberg bedeutet diese Neuregelung eine Atempause. Die Kommunen standen in den vergangenen Jahren bei der Unterbringung und Versorgung unter erheblichem Druck. Mit rund 35 000 Plätzen im Landessystem übernimmt das Land nun eine Pufferfunktion, die den lokalen Verwaltungen Planungssicherheit gibt.

Die Regelung gilt für Asylsuchende, deren Antrag als offensichtlich unbegründet oder unzulässig abgelehnt wurde. Ausgenommen bleiben besonders schutzbedürftige Gruppen wie Familien mit minderjährigen Kindern, Schwangere oder Personen mit schweren Erkrankungen. Das bis Ende 2030 befristete Gesetz wurde von CDU, Grünen und FDP getragen. ■

Thomas Schnelle